

Agriculture and Sustainable Rural Development in Times of Crisis.

Critical Engagements from a Gender Perspective

25. und 26. Januar 2013, Humboldt-Universität zu Berlin

Tagungsbericht von Prof. Dr. Christine Bauhardt, Julia Brummert und Dr. Gülay Çağlar

Abstract

Problems of food insecurity and food crises are inextricably linked to other mutually reinforcing crises such as economic, financial, environmental crises as well as armed conflicts. The conference dealt with issues of food security and sustainable rural development against the background of these multiple crises. Existing concepts of agricultural and environmental studies were discussed from a feminist socio-ecological perspective. The gender perspective was used to rethink and reshape the inter-relationship between the formal economic sphere, the unpaid reproductive sphere and the environment in context of the above named crises. The conference was held January 25. and 26. 2013 at the Faculty of Agriculture and Horticulture, Division of Gender and Globalisation of the Humboldt University of Berlin. The international conference was organized by Prof. Dr. Christine Bauhardt and Gülay Çağlar.

Hungersnöte und Ernährungskrisen stehen in einem engen Zusammenhang mit anderen weltweiten Krisenentwicklungen. Die Finanzkrise, der Klimawandel und bewaffnete Konflikte beeinflussen und verstärken sich gegenseitig und erschweren die Lebensbedingungen, vor allem von Menschen in ländlichen Regionen. Wie eine Gender-Perspektive nützlich sein kann, um die Beziehung von landwirtschaftlicher Produktion, unbezahlter reproduktiver Arbeit und der Umwelt in Bezug auf diese Krisen zu untersuchen, sollte die Tagung des Fachgebiets Gender und Globalisierung der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt- Universität zu Berlin am 25. und 26. Januar 2013 zeigen. Die internationale Konferenz wurde von Prof. Dr. Christine Bauhardt und Dr. Gülay Çağlar organisiert.

Den Eröffnungsvortrag am Freitagabend hielt Wendy Harcourt vom International Institute for Social Studies in Den Haag. Anknüpfend an das in den neunziger Jahren viel diskutierte Konzept der sustainable livelihoods kritisierte sie den derzeitigen globalen Nachhaltigkeitsdiskurs. Nachhaltigkeit sei zu einem Grundprinzip für wachstumsorientierte Agrarpolitiken geworden, ohne die mit Nachhaltigkeit ursprünglich verbundene Idee sozial- und umweltverträglicher Entwicklung zu berücksichtigen. Genderfragen seien somit nur noch dann interessant, wenn es um einen reibungslosen Ablauf marktförmiger Prozesse gehe. Was Frauen alltäglich für die Überlebenssicherung leisten, ohne dass dies für den ökonomischen Mainstream sichtbar ist, zeigte sie am Beispiel der „buen vivir“-Bewegung in Lateinamerika, in der sich viele Frauen engagieren und die ein „gutes“ und nicht ein „besseres Leben“ im Einklang mit und nicht auf Kosten der Natur fordern. Hierbei stellen sie Überlegungen an, wie ein Leben fernab von wirtschaftlichem Wachstumszwang möglich ist und legen diesem ein soziales Wertesystem zu Grunde. Für den globalen Norden verwies Harcourt auf die Slow Food-Bewegung und ihre Orientierung an lokaler Nahrungsmittelproduktion und -verarbeitung.

Das Programm am Samstag war umfangreich. In fünf Panels wurden verschiedene Aspekte der Krisen und ihren Auswirkungen auf periphere Weltregionen diskutiert. Das erste Panel thematisierte die soziale Einbettung ländlicher Ökonomien und arbeitete die Grenzen marktorientierter Sichtweisen auf das soziale Gefüge im ländlichen Raum heraus.

Wie sich die weltweite Preisinstabilität für Nahrungsmittel auf einzelne Regionen in der Welt auswirkt, untersuchen Alexandra Kelbert und ihr Team vom Institute of Development Studies, Sussex, in ihrem von Oxfam unterstützten Forschungsprojekt. Die ForscherInnen begleiten Menschen in zehn Ländern der Welt über mehrere Jahre und ermitteln über Interviews und Beobachtungen, welche Auswirkungen die Instabilität der Lebensmittelpreise auf der Makroebene auf die Mikroebene, nämlich auf die lokalen Lebensbedingungen der LandwirtInnen und HändlerInnen, haben. Hierbei geht es nicht nur um die Menge an Nahrungsmitteln, die gekauft und verkauft werden kann, sondern vor allem auch um einen Wandel des sozialen Lebens. Kelbert sprach von Veränderungen wie beispielsweise von Migrationsbewegungen der Frauen in die städtischen Arbeitsmärkte, aber auch von Veränderungen auf einer sehr persönlichen Ebene, nämlich von der Scham, FreundInnen aufgrund der extrem knappen ökonomischen Situation nicht einmal mehr auf einen Kaffee einladen zu können oder von der Scham der Männer, Tätigkeiten zu verrichten, die nicht als „männlich“ gelten.

Gudrun Lachenmann betonte in ihrem Vortrag „Ester Boserup Revisited“ die für Ökonomen noch immer unsichtbare, aber dennoch ökonomisch unverzichtbare Arbeit von Frauen, auf die Boserup

verwies. In der Diskussion stellte sich heraus, dass Ester Boserups Arbeit durchaus kritisch gesehen werden kann, jedoch wurde ihr großer Beitrag zur Thematisierung von Gender-Aspekten in der Entwicklungsökonomie herausgestellt: Frauen und Männer haben einen unterschiedlichen Zugang zu landwirtschaftlicher Arbeit, was für die Entwicklungsforschung neue Perspektiven eröffnet und in Überlegungen zur Bekämpfung von Hungersnöten und anderen Krisen einfließen muss.

Was im Beitrag von Alexandra Kelbert bereits deutlich wurde, konnte Olanike Deji von der Obafemin Awolowo University aus Nigeria an weiteren Beispielen zeigen. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf den Entwicklungen in Nigeria. Sie zeigte auf, dass 65 Prozent der Frauen in Nigeria unterhalb der Armutsgrenze leben, was nicht zuletzt mit Vorstellungen von Geschlechterrollen und dem fehlenden Zugang von Frauen zu Bildung, Technologien und Ressourcen im ländlichen Raum zusammenhängt - Folge neoliberaler Politik seit den 1980er Jahren.

Beim zweiten Panel des Tages wurden die Mensch-Natur-Verhältnisse aus einer feministischen Perspektive theoretisch, politisch und forschungspraktisch beleuchtet.

Wendy Harcourt, die bereits am Freitag das Hauptreferat der Tagung gehalten hatte, eröffnete das zweite Panel mit fünf Thesen zu einer Standortbestimmung für eine feministische politische Ökologie. Sie betonte die Notwendigkeit, von der alltäglichen sozialen Reproduktion ausgehend bestehende Machtverhältnisse zu transformieren. Die Beziehungen zwischen Körper, Care und Gender seien dazu neu zu denken. In Abgrenzung zu den aktuellen Debatten um Grünes Wachstum fragte sie nach den sozialen Räumen, in denen widerständige Alltagserfahrungen thematisiert werden können. Harcourt wandte sich provokativ gegen den „terror of inclusion“, die Integration in den Mainstream aktueller ökonomischer und ökologischer Wachstumspolitiken.

Daran inhaltlich direkt anschließend stellte Christine Bauhardt ihre Überlegungen zu einer Neuformulierung ökofeministischer Theorie dar. In ihrem Beitrag bezog sie die feministische Ökonomiekritik auf neuere Debatten des Material Feminism. Im Ansatz der Queer Ecologies, in dem – wie Bauhardt formuliert – die „Natürlichkeit“ der heterosexuellen Fortpflanzung und die Gebärfähigkeit von Frauen kritisch reflektiert wird, sieht sie eine vielversprechende Möglichkeit, die feministische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Naturverhältnissen weiterzuentwickeln. Als konzeptionell hilfreich erweise sich der Begriff der „naturecultures“ von Donna Haraway, wodurch die Gleichursprünglichkeit von Natur und Kultur charakterisiert und die binäre Opposition dekonstruiert werde. Perspektivisch, so Bauhardt, kann damit die unselige Verquickung der natürlichen ReProduktivität mit Weiblichkeit und Mütterlichkeit aufgelöst werden.

Martina Padmanabhan von der Universität Hannover präsentierte Überlegungen zur Umsetzung von ökologischen und feministischen Ansätzen in agrarwissenschaftlicher Feldforschung. Ihr Forschungsprojekt BioDIVA, in dem deutsche und indische WissenschaftlerInnen zusammenarbeiten, ist der geschlechtergerechten und nachhaltigen Nutzung von Biodiversität auf der Spur. Ausgangspunkt der Forschung ist das Wissen von Frauen im Umgang mit verschiedenen Reissorten, mit deren Anbau und ihrer Konservierung in Südindien. Im Zentrum des Vortrags standen die praktischen Schwierigkeiten interdisziplinärer Zusammenarbeit über kulturelle Differenzen hinweg.

Im dritten Panel ging es um das Konzept der Ernährungssicherheit und die Frage, wie dieses umgesetzt werden kann.

Das Recht auf Nahrung, ein Konzept nach Jean Ziegler, gehört zentral zu den Menschenrechten. Dieses Recht kann aber nicht von allen Menschen auf der Welt wahrgenommen werden. Stefanie Lemke beleuchtete in ihrem Vortrag das Konzept des Rechts auf Nahrung und betonte die Bedeutung von Ernährungssouveränität als die Grundlage für Ernährungssicherheit. Das Recht auf Nahrung sei ein politisches Mittel, diese Souveränität für alle Menschen herzustellen, die ProduzentInnen mit einzubeziehen und somit einen Schritt gegen den Welthunger zu gehen. Hierbei sei es aber von großer Bedeutung, nicht nur die allgemeinen Menschenrechte, sondern darüber hinaus auch die Rechte der Frauen in Betracht zu ziehen. Erst wenn die vor Ort vorhandenen Machtverhältnisse analysiert würden und Frauen beispielsweise der Zugang zu Bildung und Ressourcen ermöglicht werde, könnten langfristige Lösungen gefunden und das Recht auf Nahrung realisiert werden. Stefanie Lemke bekräftigte ihr Argument, indem sie betonte, dass die Verletzung grundlegender Frauenrechte, wie Gewalt gegen Frauen, ein großes Hindernis auf dem Weg zur Ernährungssicherheit seien.

„Niemanden zu haben, mit der/dem man gemeinsam essen kann, bedeutet Armut“, sagte Parto Teherani-Krönner in ihrem anschließenden Vortrag. Sie stellte die Frage, inwiefern das Recht auf Nahrung nicht eigentlich ein Recht auf Ernährung samt ihrer kulturellen und sozialen Einbettung sein müsse. Jede Beziehung beginne mit einem gemeinsamen Getränk oder einer gemeinsamen Mahlzeit, dies sei ein nicht zu verachtender Faktor für die sozialen Beziehungen zwischen Menschen, betonte Teherani-Krönner. Dies bedürfe aber mehr als nur des Zugangs zu Rohstoffen: Um eine Mahlzeit zuzubereiten brauche es neben agrarischen Rohprodukten vor allem das Wissen um deren Zubereitung sowie Wasser, Energie und Menschen, mit denen man/frau gemeinsam essen kann; und so forderte Teherani-Krönner weniger das Recht auf Nahrung als vielmehr eine Mahlzeitenpolitik. Mit Blick darauf, dass es Frauen sind, die für die tägliche Ernährung zuständig

sind, argumentierte sie gegen die Vorstellung, dass Ernährungssicherung vor allem durch höhere Produktivität in der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen sei.

Elisabeth Meyer-Renschhausen beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der städtischen Kleinlandwirtschaft. Sie zeigt, dass in Gemeinschaftsgärten und an öffentlichen, brach liegenden Plätzen im Laufe der vergangenen Jahre immer mehr Orte entstanden sind, die von ganz unterschiedlichen Menschen zum Anbau von Nahrungsmitteln genutzt werden. In ihren Ausführungen bezog sich Meyer-Renschhausen vor allem auf Erfahrungen aus Berlin und New York, in denen die Gärten eine immer größere Bedeutung bekommen haben. Diese Erfahrungen zeigten, dass diese Gärten eine „versteckte moderne Universität“ für die Menschen seien, in denen sie neben dem Anbau von Gemüse und Pflanzen auch etwas über den eigenen Umgang mit der Umwelt und die Wertschätzung von Nahrungsmitteln lernen. Die Gärten seien nicht nur ein Ort der Arbeit und anschließender Erholung, sondern auch eine Möglichkeit des Empowerments für gesellschaftlich marginalisierte Gruppen und eine Basis für die Gemeinschaft ganz unterschiedlicher Menschen.

Das vierte Panel am Nachmittag befasste sich mit bewaffneten Konflikten, die in einem engen Zusammenhang mit Ernährungskrisen stehen.

Die Situation für die Menschen in den betroffenen Gebieten ändert sich grundlegend, das alltägliche Leben wird gefährlicher und unterliegt einem Wandel, wie Rita Schäfer in ihrem Auftaktvortrag zum vierten Panel an diesem Nachmittag vorstellte. Was macht ein Krieg mit Familien? Mit Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit? Schwerpunkt ihrer Überlegungen ist, dass eine kritische Gender-Perspektive nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer im Blick haben muss. In bewaffneten Konflikten passiere es häufig, dass die Männlichkeit der heimischen Männer in Frage gestellt werde; ihnen werde Verantwortung durch Männer von der gegnerischen Seite, aber auch von Seiten zum Beispiel der UNO-Blauhelmsoldaten, entzogen, wodurch neue Machtverhältnisse unter Männern mit gravierenden Folgen entstünden. Im Zuge bewaffneter Konflikte würden die Rollen neu zugeschrieben: Frauen, vor allem junge Frauen, bekämen die Verantwortung für die gesamte Familie zugewiesen, während vor allem junge Männer jeglicher sozialen und ökonomischen Macht beraubt würden.

Als Beispiel für Krisen in Konfliktgebieten, die das Geschlechterverhältnis positiv für Frauen verändern, verwies Gihan Adam Abdallah von der Ahfad University for Women in Omdourman auf Al Dagag, ein Dorf in Nord Sudan. Die Gegend ist – wie Abdallah sehr ausführlich darstellte – besonders schwer von ständigen Trockenperioden, Hungersnöten und erschwerten Lebensbedingungen insgesamt betroffen. Doch durch soziale Netzwerke würden sich Frauen

gegenseitig unterstütze, beispielsweise indem sie sich gegenseitig Geld zur Verfügung stellen. Dadurch seien Frauen in Al Dagag selbstständiger geworden, sie hätten eigene Läden eröffnet und sich zum Oberhaupt ihrer Familie gewandelt.

Auch Ulrike Schultz hat sich in ihrer Forschung über Jahre mit Veränderungen in Krisenregionen aus einer Geschlechterperspektive befasst. Sie hat in einer Langzeitstudie verschiedene Gruppen, die in Khartum lebten, bei ihren Umsiedlungen nach dem Friedensabkommen in 2005 in den Südsudan begleitet und erforscht. Im Mittelpunkt ihres Interesses stand dabei die Frage, wie neue Gemeinschaften aus alten entstehen können und welche Rolle Männer und Frauen bei der Aneignung ihrer neuen „Heimat“ spielen. Schultz verdeutlichte in ihrem Vortrag, dass nicht nur die Geschlechtszugehörigkeit eine zentrale Rolle beim Aufbau neuer Gemeinschaften spielt, sondern vor allem auch die ethnische Zugehörigkeiten der Südsudanesen. Allerdings würden sich vor allem Männer positiv auf ihre ethnische Zugehörigkeit beziehen, wohingegen Frauen „ethnische Grenzgängerinnen“ seien, und die Bedeutung von Ethnizität eher relativierten. Vor diesem Hintergrund plädierte Schultz dafür, dass Veränderungen in Krisenregionen nur unter Berücksichtigung der Komplexität der Kategorie Geschlecht, nämlich in ihrem Wechselverhältnis zu anderen sozialen Kategorien (z.B. Ethnizität), verstanden werden könne.

Der Schwerpunkt im fünften und letzten Panel lag beim Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen und Umweltkrisen. Fragen nach Gender-Aspekten in Konzepten, die vermeintlich „grün“ eingestuft werden und vor allem die Frage nach gender- und umweltgerechter Nachhaltigkeit kam in den Diskussionen gegen Abend zur Sprache.

Christa Wichterich vertrat in ihrem Vortrag die These, dass sich die Vielfachkrise, mit der sich die Tagung befasste, nicht so einfach durch eine „green economy“ lösen lasse. Sie stellte verschiedene Konzepte wie den „Global Green New Deal“ und den „Green Growth“ genauer vor und kam zu dem Schluss, dass all diese Konzepte weniger darauf hin zielten, die Krisen zu lösen als vielmehr, dem Kapitalismus und den Marktkräften noch stärker zur Durchsetzung zu verhelfen. Dies geschehe hauptsächlich dadurch, der Natur einen finanziellen Wert zu geben, wie sich dies am Handel mit Emissionsrechten nachdrücklich zeigt. All diese Konzepte führten dazu, den Umweltgedanken noch weiter von den sozialen Verhältnissen zu entfernen. In einem nächsten Schritt betrachtete sie die Überlegungen zum Thema Gender in all diesen Konzepten. Besonders kritisch sah Wichterich (ähnlich wie Wendy Harcourt) die Inklusion von Frauen in diese wachstums- und marktorientierten Konzepte. Frauen würden, wenn sie überhaupt berücksichtigt würden, auf ihre vermeintliche Nähe zur Natur reduziert; reale Bedürfnisse und materielle Unterschiede blieben damit ausgeklammert. Betrachte man zum Beispiel die „grünen Konzepte“

der World Bank, so zeige sich, dass Geschlechtergerechtigkeit hier nur ein Schlagwort sei, das am Ende zu einer effizienteren Wachstumswirtschaft führe. Diese Inklusion trage in keiner Weise zu einer Ökonomie bei, die den natürlichen Grenzen und den sozialen Bedürfnissen der Menschen Rechnung trage; dazu bedürfe es mehr als nur einem oberflächlichen geschlechtergerechten oder grünen Label.

Susanne Neubert vom Seminar für ländliche Entwicklung der Humboldt-Universität stellte mit dem Ansatz der Conservation Agriculture in Subsahara Afrika eine Methode für klimafreundliche und lokal angepasste Feldbewirtschaftung vor. Bei dieser Methode wird der Pflug durch Hackbau ersetzt, um weniger CO₂ aus dem Boden freizusetzen. Gleichzeitig wird weniger Dünger und weniger Herbizid benötigt. Allerdings ist die Arbeitsbelastung, die dabei entsteht, wesentlich höher als mit der maschinellen Bearbeitung. Inwiefern diese Herangehensweise die Rolle der Frauen in der agrarischen Ökonomie stärkt oder doch nur ihre Arbeitsbelastung erhöht, wurde anschließend kontrovers diskutiert. Während Susanne Neubert den Einsatz neuer klimafreundlicher Technologien befürwortete, schätze Christa Wichterich dies aus einer Geschlechterperspektive eher kritisch ein.

Im letzten Vortrag kam Dang Tung Hoa von der Water Ressource University in Hanoi noch einmal auf die Bedeutung der Menschen vor Ort zu sprechen. Am Beispiel des Wasser-Managements in Vietnam zeigte sie erneut auf, dass es wichtig ist, gerade beim Thema Wasser nicht auf die Gender-Perspektive zu verzichten. Wasser sei ein stark gegendertes Feld, nämlich insofern, als Frauen für die Wasserversorgung im Haushalt, in der Gesundheitsversorgung und in der Subsistenzlandwirtschaft zuständig seien, häufig aber einen schlechteren Zugang zu Wasser hätten. Dang Tung Hoa wies darauf hin, dass Frauen in Vietnam eine tragende Rolle in der Landwirtschaft spielen, weshalb es wichtig sei bei Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung, auf das Fachwissen von Gender-Expertinnen zurückzugreifen, um die Planung an die Bedürfnisse von Frauen anzupassen.

Gerade bei diesem letzten Panel der Konferenz zeigte sich die kontroverse Einschätzung der beteiligten Forscherinnen, was die Integration von Frauen in die Agrarökonomie und die ländliche Entwicklung insgesamt betrifft. Ganz sicher wird die soziale und ökonomische Bedeutung der Arbeit und des Fachwissens von Frauen für die (Über)Lebenssicherung vom agrarwissenschaftlichen Mainstream immer noch massiv unterschätzt. Gerade wenn verschiedene Krisensituationen aufeinander treffen, Frauen zum Beispiel im Rahmen bewaffneter Konflikte, Klimakatastrophen und Flucht die Entscheidungsgewalt in ihren Familien bekommen und vermeintliche Männerarbeit und -aufgaben übernehmen, zeigt sich, welche große Rolle Frauen in ländlichen Regionen spielen und wie beharrliche geschlechtsspezifische Asymmetrien im Zugang

zu und in der Kontrolle über Ressourcen ihre Situation erschweren. Die wichtige Rolle von Frauen in der Agrarwirtschaft und in der ländlichen Entwicklung zu berücksichtigen wird also einerseits als wichtig erachtet. Andererseits wird die Integration von Frauen, ohne eine Transformation der bestehenden Verhältnisse, äußerst kritisch betrachtet.

Außerdem stellt sich die Frage, welches Verständnis von Ökonomie verhandelt wird, wenn es um agrarökonomische Konzepte geht. Geht es darum, Ernährungskrisen weiterhin ungebrochen durch mehr Wachstum und Produktivität, zu bewältigen? Oder müssten nicht Sustainable Livelihoods die Orientierung für eine sozial gerechte und naturgemäße Entwicklung sein? Auf der Tagung wurde vielfach für Letzteres plädiert. Wie sich dies politisch durchsetzen lässt, ist eine wichtige Frage, die zukünftig in einer weiteren Veranstaltung (Konferenz oder Fachgespräch) diskutiert werden müsste.